



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VI/285 - 8.12.1951

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Unverantwortliche Berichterstattung	S. 1
Kanzlerbesuch ohne Ergebnis	S. 3
Fragwürdige Verstärkung der Regierungskoalition	S. 4
Zum "Tag der Menschenrechte"	S. 5

Zahlen und Schicksale

Von Pfarrer Hans Merten, MdB

Das deutsche Volk hat wiederholt an die Weltöffentlichkeit den Ruf gerichtet, die deutschen Kriegsgefangenen in vielen Ländern der Erde freizugeben, bei der Aufklärung des Schicksals von unzähligen Vermissten mitzuwirken und den Grundsätzen der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit Geltung zu verschaffen. Die eigene deutsche Leistung und die eigene planvolle Arbeit sind aber die Voraussetzungen dafür, dass auf dem Boden der internationalen Diplomatie und der internationalen Organisationen befriedigende Ergebnisse erzielt werden.

Wenn wir jedoch das offizielle "Bulletin" des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung lesen, dann haben wir den Eindruck, dass der Frage der Kriegsgefangenen und Vermissten nicht die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt werden ist. Durch das Jonglieren mit Zahlen werden die Betroffenen grausam enttäuscht und das Vertrauen in die Ergebnisse der tatsächlich geleisteten mühevollen Kleinarbeit untergraben. Am 1. November 1951 erscheint die Schlagzeile "Noch weit über drei Millionen Gefangene, Vermisste und Internierte" im "Bulletin". Am 27. November 1951 lesen wir zu unserer grössten Erstaunen "Viereinhalb Deutsche worden vermisst". Niemand erfährt jedoch, wieviel Kriegsgefangene noch in den einzelnen Gewahrsamstaaten leben, wo sich die internierten

Zivilpersonen befinden und welche Ergebnisse die Nachforschungen nach den Vermissten gehabt haben. Dem verzweifelten Leser wird es selbst überlassen, sich auszurechnen, ob von den drei Millionen Menschen noch neunzigtausend Gefangene sind oder zwei Millionen. Es kommt aber noch schlimmer. Die Meldung vom 27. November 1951 erhöht die Zahl der Vermissten kurzerhand um 50 Prozent. Es sind jetzt vier und eine halbe Million geworden. Wir suchen vergeblich ein Wort der Erklärung dafür, wo die 1.5 Million Vermisste plötzlich hergekommen sind.

Selbst das "Bulletin" scheint, wenn auch zu spät, gemerkt zu haben, dass hier etwas nicht stimmt. Am 29. November 1951 erscheint unter der Bezeichnung "Richtigstellung" der Versuch eines Dementis, in dem kurz und bündig mitgeteilt wird, die veröffentlichten Zahlen und die aus ihnen gezogenen Schlussfolgerungen träfen zu einem grossen Teil nicht zu. Sie seien teilweise verwechselt und in einem sachlich falschen Zusammenhang gebracht worden. In dieser sogenannten "Richtigstellung" wird aber nichts richtig gestellt, denn wir suchen vergeblich die richtigen Zahlen und die richtigen Zusammenhänge. Die Zahl der Kriegsgefangenen schwankt in den Meldungen der letzten Wochen zwischen zehntausend und über einer Million. Die Angaben über die Sterblichkeit in einzelnen Lagern oder aus Berichten einzelner Heimkehrer verwirren das Bild vollends.

Wir könnten über diesen Zahlenwirrwarr zur Tagesordnung übergehen, wenn es dabei um nichts anderes als um Zahlen ginge. Es geht aber um menschliche Schicksale, es geht darum, dass wiederum Hoffnungen enttäuscht worden sind und jahrelange Arbeit in Misskredit gekommen ist. Zahllose Gräber von gefallenem Soldaten liegen in Deutschland verstreut. Bis heute werden die Erkennungsmarken, Soldbücher und sonstiges Eigentum der Gefallenen bei Standesämtern und Friedhofsverwaltungen aufbewahrt und nur in wenigen Fällen haben diese wichtigen Unterlagen die zentrale Wehrmachtsauskunftsstelle erreicht. Niemand weisse, in wieviel Familien allein durch die Auswertung dieses Materials Gewissheit über das Schicksal des Vermissten gebracht werden könnte. Die für die Gesamtheit der Nachforschung und Dokumentation vorgesehenen Mittel in Höhe von DM 1.087.209,65 sind zu gering, denn es entfallen auf den einzelnen Fall noch nicht einmal dreissig Pfennige.

Mit allem Nachdruck und mit allem Ernst stellen wir fest, dass es in dieser Art und Weise nicht weitergehen kann. Wir haben nicht das Recht, an die anderen Völker zu appellieren, wenn wir nicht zunächst einmal selbst alles das getan haben, was in unserer eigenen Macht steht. Wir kennen die Not der Frauen und Kinder, wir sehen die Verzweiflung der Eltern und hören von den körperlichen und seelischen Leiden der Gefangenen. Angesichts dessen wird es nunmehr höchste Zeit, organisatorisch und finanziell das zu tun, was Pflicht und Verantwortung gegenüber der Masse der verzweifelnden Menschen gebietet.

Viel Höflichkeit und keine KonzessionVon einem Londoner Mitarbeiter

Einer der führenden Labour-Abgeordneten, der anlässlich des Empfanges bei Clement Attlee mit Dr. Adenauer sprach, bewunderte die Energie des Bundeskanzlers, die er in den fünf Tagen seines Aufenthaltes in London aufgebracht hat. Sie waren fast ununterbrochen mit Reden, Konferenzen und Besuchen ausgefüllt. Nach seiner Rückkehr kann der Kanzler jedenfalls die Genugtuung haben, dass er nicht ganz umsonst eine so grosse Anstrengung auf sich genommen hat, zumal ihm von englischer Seite die Möglichkeit gegeben wurde, einen Akt der Höflichkeit einiges politisches Gewicht zu geben.

Im Grunde hat Dr. Adenauer wenig Anlass zur Genugtuung. Die britische Politik ist durch seinen Besuch in keiner Hinsicht in eine neue Richtung gebracht worden. Wenn der Unterstaatssekretär des Foreign Office erklärt hat, eine neue Aera und Phase zwischen beiden Ländern sei erreicht worden, so ist das bei dieser Gelegenheit mit einem solchen Anlass wohl kaum mehr als eine konventionelle Wendung einem hochgestellten ausländischen Gast gegenüber.

Vor einem aber sollte sich der Kanzler hüten: In einem Lande, das heute schon wieder einen Rommelfilm verträgt, bedeutet der Wille, gewisse Dinge zu vergessen, noch nicht eine politische Vergesslichkeit und Höflichkeit noch nicht Bereitschaft zu politischen Konzessionen. Die englische Presse hat diese Unterschiede klar herausgearbeitet. Die freundlichen Begrüßungsartikel wichen befecht sachlichen Argumenten, je öfter der Bundeskanzler sprach. Er kann sich gewiss nicht darauf berufen, dass man in London mit allen seinen politischen Erklärungen einverstanden war. Und wenn man seinen Besuch wirklich grosse politische Bedeutung beigemessen hätte, so wäre ihm in einer Reihe von Fällen zweifellos noch deutlicher und mit sichtbarerem Vorbehalt geantwortet worden.

In der Frage der Verhandlungsbereitschaft mit der Sowjetunion hat sich Churchill freie Hand gelassen und Aussenminister Eden hat nicht umsonst und ohne jeden weiteren Zusatz erklärt, dass das gemeinsame Ziel der Westmächte ein vereintes Deutschland innerhalb einer europäischen Gemeinschaft sei, während Dr. Adenauer die Inte-

gration der Bundesrepublik in Europa als eine Vorbedingung ansieht, diese Wiedervereinigung auf friedlichem Wege unter der freiwilligen Zustimmung aller Teile des deutschen Volkes herzustellen.

Übereinstimmung mit der englischen Regierungsauffassung in der Frage der europäischen Verteidigungsgemeinschaft war schon vor dem Besuch des Kanzlers vorhanden. Churchill hat zwar mit Genugtuung im Unterhaus erklärt, dass Adenauer ihm erneut versichert habe, die Deutschen seien bereit, einer Europa-Armee beizutreten, ohne eine eigene Armee aufzustellen. Gleichzeitig hat aber Churchill im Unterhaus erneut die britische Absage an die Europa-Armee begründet. England wird seine Streitkräfte von dieser Armee fernhalten. Ob das Adenauer als einen Erfolg seiner Mission betrachtet? Bezeichnend ist die Bemerkung des antisozialistischen Manchester Guardian von dem dritten Mann, Dr. Schumacher, der zwischen Churchill und Adenauer als sichtbarer Schatten stand. Schumacher und seine Partei, ^{der} Manchester Guardian könnten die nächsten Wahlen gewinnen und ohne deren Zustimmung sei das Bundesparlament nicht in der Lage, den Plan einer europäischen Armee zu genehmigen.

Vielleicht kommt nun noch ein vierter Mann hinzu. Auf Wunsch des französischen Ministerpräsidenten haben sich Churchill und Eden innerhalb weniger Stunden entschlossen, vor der Konferenz in Washington und Paris zu fahren. Es wird mit Sicherheit angenommen, dass diese plötzliche Reise mit dem Besuch Dr. Adenauers in Verbindung steht, der ebenfalls den englischen Ministerpräsidenten einlud, aber keine Zusage erhielt.

+ + +

Gestärkte Koalition

(sp) Der CDU-Pressedienst stellt triumphierend fest, dass sich mit dem Übertritt von sieben WAV-Abgeordneten zur DP-Fraktion die Regierungsmehrheit im Bundestag auf 221 Abgeordnete erhöht hat. Wir verstehen diesen Triumph; denn er bestätigt, auf welcher Seite und durch welche Parteien die Bonner Koalition ihre Mehrheit noch vergrößern kann. Es ist jene Seite, auf der sich die Bonner Koalitionspartei in Wolfsburg von den SRP-Stimmen unterstützen liess und es ist die Partei deren Minister Seebohm sich vor jedem Symbol verneigt...

Heil der Koalition, die so treffliche Gefährten und so ein Reservoir überzeugend demokratischer Volksvertreter für sich gewinnen kann. Der Abgeordnete Schmidt, den die Mehrheit des Bundestages am 8. Juni aufforderte, sein Mandat niederzulegen, seine beiden Schwieger-söhne und die anderen vier Abgeordneten werden dazu beitragen, die Meinung des Innenministers, dass der Rechtsradikalismus in Deutschland überschätzt wird, durch 221 Abgeordnete im Parlament bestehen zu lassen. Die Koalition ist wirklich nicht sehr wählerisch...

Im Übrigen: Wir neiden nicht der Adenauer-Regierung diese recht fragwürdige Auffrischung ihrer Reihen. Sie wird dieser Regierung nicht die Niederlage ersparen, die sich in der ersten Haltzeit des Parlaments bei den Nachwahlen ankündigten. Denn im Volk hat sie schon längst die Mehrheit verloren.

+ + +

Das Recht des Menschen

Am 10. Dezember begeht man in den der UNESCO angeschlossenen Ländern den "Tag der Menschenrechte". In Deutschland geschieht das zum erstenmal, seitdem an diesem Tage vor drei Jahren die Vereinten Nationen eine "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte" ausgegeben hatten, der, so widersinnig das erscheinen mag, auch die Sowjetunion beitrug.

Der Gedanke an die Proklamation der Menschenrechte weckt in der Welt, in der wir leben, zunächst einmal bittere und keineswegs erhebende Gedanken. Besonders die letzten Jahrzehnte sind in weiten Gebieten der Welt eine Zeit furchtbarer Menschenverachtung gewesen - bis auf den heutigen Tag. Eine unbekannte Anzahl von Millionen ist gezwungen, das schlimmste Sklavendasein zu führen, in absoluter persönlicher Unfreiheit und in einer Lebenshaltung, die weit unter dem Existenzminimum liegt. Diese sterbende Masse wird durch immer neue Unglückliche ergänzt.

In der Welt, die sich frei nennt, hat die Verkündung von Menschenrechten allerdings in etwa drei Jahrhunderten durchaus nicht nur akademischen Wert gehabt. Die Menschenrechte waren wesentlicher Bestandteil der nordamerikanischen Unabhängigkeitserklärung 1776, der Französischen Revolution 1789, der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 und sie sind auch im Grundgesetz vom 23.5.1949 fixiert. Neben der Erklärung der Vereinten Nationen gibt es schliesslich die Konvention des Europarates vom 4. November 1950.

Diese Zusammenstellung erhebt natürlich keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Inhalt und Tendenz solcher Deklarationen wechselten je nach der gesellschaftlichen Epoche, aus der sie stammen, sie reichten von der ausschliesslichen oder nur stärkeren Betonung der Rechte des Individuums gegenüber der Allgemeinheit bis, umgekehrt, zur Vorstellung von der sozialen Bindung und Verpflichtung des einzelnen und der Überordnung sozialer Rechte und Pflichten über individuelle Rechte.

Unendlich viel ist im Laufe der Jahrhunderte formuliert und verkündet worden, unendlich viel guter Wille und Verstand wurden für diese grosse Aufgabe eingesetzt. Man soll, im Hinblick auf die westliche Welt auch nicht sagen, der Erfolg erscheine, gemessen am geistigen und moralischen Aufwand, gering. Das, was in diesem Teil der Erde an Menschenrechten gefordert wurde und sich durchsetzen konnte, ist schon ein unerhörtes Stück Fortschritt. Das Bestreben, auf diesem Wege weiter vorzudringen, ist unerlässlich. Vielleicht ist es überhaupt der beste Teil der Menschheitsgeschichte.

Verantwortlich: Peter Raumau